

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ein-  
mal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M.,  
im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen an.  
Unter Streifenbogen besogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänisch, des  
Südens, Mittelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Dänemarks 20 M.,  
für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 25 M.,  
für das übrige Ausland 32 M.

Die abgegebene Kopiergebühr über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich  
Einschickung. Kleine Anzeigen: Das fertige Druckwort 2,- M., jedes weitere  
Wort 1,50 M., einschließlich Erzeugnisgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif.  
Familien-Anzeigen und Stellen-Gebote 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gebote  
in Wort-Anzeigen: das fertige Druckwort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.

Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Ohnmacht der Gewalt

Von Otto Bauer

Der Glaube an die Allmacht der Gewalt ist der Wesens-  
kern des Imperialismus. Im Vertrauen auf die Gewalt  
seines Schwertes, auf den preußischen Leutnant, den „uns  
niemand nachmacht“, auf Krupp und Stoda, auf Zweihund-  
vierzig-Zentimeter-Mörser und Jeppesine, auf U-Boote und  
Giftdampfer hat Preußen-Deutschland eine übermächtige Koa-  
lition zum Kampfe herausgefordert. Im Vertrauen auf die  
Wirkung seiner Siege in Ost und West und Süd hat es  
„durchgehalten“ bis zum Ende. Aber gegen die Gewalt stritt  
die Oekonomie. Die deutschen Heere mochten noch so  
große Siege erkämpfen, noch so weite Gebiete besetzen, noch  
so viele Völker ihrem Kommando unterwerfen: die Koa-  
lition der Feinde verfügte über die Getreidespeicher, die Erz-  
lager, die Rohstoffquellen der Welt. Der verhungerte  
deutsche Soldat mußte schließlich dem aus den Lebensmittel-  
und Rohstoffspeichern der ganzen Welt besser genährten,  
besser gerüsteten Gegner unterliegen. Die Gewalt zerbrach  
an der Wirtschaft. In der Stunde der Entscheidung  
war in den Händen des wirtschaftlich Überlegenen auch die  
überlegene Gewalt.

Der Imperialismus der herrschenden Klassen hat auch die  
geknechteten, ausgebeuteten Volksmassen mit dem Aber-  
glauben an die Allmacht der Gewalt erfüllt. Vier Jahre  
lang waren sie willenlose Werkzeuge der knechtenden Ge-  
walt. Nun glaubten sie, die Gewalt zum Werkzeug der Be-  
freiung machen zu können. Der Imperialismus schlug um  
in den Kommunismus. Aber wie im Völkerring ist  
auch im Klassenkampf die Gewalt ohnmächtig gegen die  
brutalen Tatsachen der Oekonomie.

Was die Gewalt zu leisten vermag, hat sie in Rußland  
geleistet. Die Rote Armee hat in ruhmvollen Kämpfen und  
Siegen alle inneren Feinde der Sowjetregierung niederge-  
worfen und sie hat Rußlands Grenzen gegen alle äußeren  
Feinde gesichert. Im ganzen weiten Rußland herrscht die  
Sowjetgewalt unbeschränkt: alle ihr feindlichen Organi-  
sationen sind zerstückelt, alle generischen Parteien jeder  
Wirkungsmöglichkeit beraubt, der Terror macht jede Oppo-  
sition unmöglich. Und doch, gerade jetzt, nach dem vollstän-  
digen Siege ihrer Gewalt muß die Sowjetregierung  
Schritt für Schritt zurückweichen vor un-  
überwindlichen ökonomischen Mächten, die  
keine Gewalt niederzuwerfen vermag.

Kor kurzem hat die Sowjetregierung das Dekret über die  
Wiederherstellung des freien Handels erlassen. Es gibt nicht  
nur, wie es der kommunistische Parteitag beschlossen hatte,  
den Handel mit Agrarprodukten, sondern auch den Handel  
mit Industrieprodukten frei. Das mag zunächst unver-  
ständlich erscheinen: wie kommen Industrieprodukte in den  
Privathandel, da doch der größte Teil der Industrie soziali-  
siert ist? Ein anderes, seither bekannt gewordenes Dekret  
löst das Rätsel: da die Sowjetregierung den Industriear-  
beitern keine Lebensmittelrationen zuzuteilen imstande  
ist, erlaubt sie ihnen, sich einen Teil der Industrieprodukte,  
die sie erzeugen, anzueignen, sie den Bauern zu verkaufen  
und für sie Lebensmittel einzutauschen. Diese Erlaubnis  
stellt aber ganz unvermeidlich den Handel mit Industrie-  
produkten wieder her. Denn die Industriearbeiter Peters-  
burgs können ja nicht selbst mit den Bauern des Gouverne-  
ments Tambow oder Charlow Tauschhandel treiben; da  
schleicht sich unvermeidlich der Händler zwischen die In-  
dustriearbeiter des Nordens und die Bauern des Südens ein.

Aber das folgenschwere Dekret geht noch weiter. Die Ar-  
beiter einer Fabrik, welche landwirtschaftliche Geräte er-  
zeugen, können un schwer für ihre Erzeugnisse von den Bauern  
Lebensmittel eintauschen; aber wie sollen die Arbeiter der-  
jenigen Fabriken, die keine zum Tauschhandel mit den  
Bauern geeigneten Waren erzeugen, wie sollen zum Beispiel  
die Arbeiter der Waggon- und Lokomotivfabriken zu Lebens-  
mitteln kommen? Die Sowjetregierung weiß sich nicht an-  
ders zu helfen, als indem sie den Arbeitern solcher Betriebe  
erlaubt, einen Teil ihrer Arbeitszeit und einen Teil der  
Maschinen und Rohstoffe ihrer Fabriken zur Erzeugung von  
Waren zu verwenden, die sie den Bauern verkaufen können,  
um von ihnen Lebensmittel einzutauschen. Man wird also  
zum Beispiel in den Waggonfabriken auch Fuhrwerke er-  
zeugen, um sie den Bauern zu verkaufen. Was erzeugt wer-  
den wird, wird aber natürlich der Händler vorschreiben; er  
wird zum Beispiel in die Eisenbahnwerkstätte kommen und  
sagen, daß er über Getreide aus dem Tambower und dem  
Charlower Gouvernement verfüge, und es zu liefern bereit  
sei, wenn ihm die Arbeiter dafür soundsoviel Fuhrwerke  
oder soundsoviel Eggen erzeugen und liefern wollen. So  
wird die Planwirtschaft in der sozialisierten Industrie voll-  
ständig durchbrochen. Hat bisher der Oberste Volkswirt-  
schaftsrat jedem Betrieb das Produktionsziel gestellt, so daß  
jeder Betrieb für den gesellschaftlichen Bedarf das erzeugen  
sollte, wozu er nach Standort und Einrichtung am besten  
geeignet war, so werden jetzt die Aufträge der Händler die  
Produktion bestimmen. Es ist ein verhängnisvoller Schritt  
aus der sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft in die kapi-  
talistische Warenproduktion zurück. Lenin selbst nennt die  
Wirtschaft, die so gegründet wird, einen Staatskapi-  
talismus.

#### Bayerns Arbeiter gegen die Reichszerstörer

##### Konferenz der bayrischen Gewerkschaftskartelle — Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften verlangen sofortige Auflösung der Einwohnerwehren

(Eigener Bericht unseres Korrespondenten.)  
München, 30. Mai.

Am Sonnabend, den 28. Mai, fand in München eine Kon-  
ferenz der Gewerkschaftskartelle Südbayerns  
statt. Sie beschäftigte sich in der Hauptsache mit der gegen-  
wärtigen politischen Situation in Bayern und im Reich.  
In einer einstimmig angenommenen Entschliessung wird die  
sofortige Entwaffnung und Auflösung  
der Einwohnerwehren und aller anderen derarti-  
gen Organisationen in Bayern verlangt. Für den Fall der  
Ablehnung der Auflösung oder der Entwaffnung der Ein-  
wohnerwehren ersucht die Konferenz die sozialistischen Par-  
teien, gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Aktion  
einzuleiten, die der Regierung Rahr und deren Hinter-  
männern klar machen soll, daß die bayerische Arbeiterschaft  
es nicht dulden wird, daß wegen der Aufrechterhaltung der  
Einwohnerwehren das Ruhrgebiet besetzt und der wirt-  
schaftliche Zusammenbruch Deutschlands herbeigeführt wird.

konnte, daß seine und Polens Ansprüche in größerem oder ge-  
ringerm Maße verwirklicht werden würden.

Das „Echo de Paris“ ist in der Lage, den Inhalt des  
Fragebogens bekanntzugeben, den die Botschafterkonferenz  
an General Le Rond gerichtet hat. Die drei Punkte lauten:

1. Welche Maßnahmen will General Le Rond ergreifen, um  
eine Beilegung der Zonen zwischen der deut-  
schen und polnischen Front durch alliierte Truppen  
sicherzustellen? Kann General Le Rond diese Zonen rasch belegen,  
ohne das Eintreffen der zugesagten englischen Truppen abzu-  
warten?
2. Entspricht der Vorschlag Percival. Martinis der  
gegenwärtigen Lage und bietet er Frankreich irgendwelchen  
Nutzen?
3. Ist Korsantj und sein Exekutivauschuss Herr der  
Lage und sind Fälle von Disziplinlosigkeit unter den Angehörigen  
der polnischen Armee vorgekommen?

#### Der Reichskanzler über Oberschlesien

Die Verbände der heimatreuen Oberschlesier hatten zu gestern  
nachmittag im Berliner Lustgarten eine große Kund-  
gebung veranstaltet, an der sich nach den offiziellen Meldun-  
gen über 100 000 Personen beteiligten. Es werden als besonders  
bemerkenswert die Ausführungen des Vertreters der Kommu-  
nistischen Partei in Katowitz, Dr. Weinberg, wiedergege-  
ben, der sich für das Verbleiben von Oberschlesien bei Deutschland  
aussprach. In einer von den Berammelten angenommenen  
Entschliessung wird gegen das Gewaltregiment der polni-  
schen Aufständischen protestiert und gefordert, daß von der Inter-  
alliierten Kommission endlich der gesetzmäßige Zustand in Ober-  
schlesien wieder hergestellt werde.

Nach der Kundgebung empfing der Reichskanzler Wirth  
eine Abordnung von Oberschlesiern. Aus seiner Ansprache  
an sie entnahmen wir das Folgende: „Nach den Wünschen der  
Polen ist das Abstimmungsgebiet Oberschlesien aus der Provinz  
Oberschlesien herausgeschnitten worden, weil sie glaubten, bei der  
Abstimmung in diesem willkürlich abgetrennten Teile einer Mehr-  
heit sicher zu sein. Auf polnische Initiative hin ist ferner den  
nicht in Oberschlesien wohnhaften Abstimmungsberechtigten sei-  
nerzeit das Stimmrecht zuerkannt worden; hinterher freilich, als  
die Polen sahen, daß diese Karte gegen sie schlagen würde, wollten  
sie sie für ungültig erklären. Das ist das Gegenteil von  
jenem fair play, das in diesen Wochen von hervor-  
ragender Stelle in England für Oberschlesien verlangt worden  
ist. Die Bevölkerung hat sich mit fast 3/4 Millionen für Deutsch-  
land erklärt, viele auch von Ihnen, meine Herren, haben mit  
dazu beigetragen, daß der 20. März ein Ehrentag für Ober-  
schlesien und ein Ehrentag für das gesamte deutsche Volk ge-  
worden ist, trotz des von den Polen vor und bei der Wahl aus-  
geübten unerhörten Terrors; die vor aller Welt offensindliche  
Ausprache des ober-schlesischen Volkes für Deutschland, gegen  
Polen, läßt sich durch nichts fortbitten und durch nichts fort-  
diskutieren.“ Der Reichskanzler sagte weiter, daß gerade die  
geschulten und leistungsfähigen Arbeiter sich  
für Deutschland erklärt hätten. Die Regierung werde alles tun,  
was zur Befestigung der Korantjischen Diktatur führen und die  
Wiederherstellung der Ordnung gewährleisten könne.

#### England wünscht die Konferenz

Paris, 30. Mai.

Nach einer Havasmeldung aus London, verlautete gestern  
abend in amtlichen englischen Kreisen, dort bestehe der Wunsch  
sich, daß der Oberste Rat sich im Laufe dieser Woche zu  
einer Tagung zusammensinde. Nach Berichten aus englischer  
Quelle soll die englische Regierung der französischen Regierung  
von diesem Wunsche Kenntnis gegeben haben.

London, 30. Mai.

„Daily Telegraph“ zufolge, haben die letzten Mitteilungen  
Briands, in der er vorschlägt, die Konferenz des Obersten Rates  
sozusagen auf unbestimmte Zeit zu vertagen, in London Ent-  
schliessung hervorgezerrt. Man ist hier der Ansicht, daß  
es die Lage in Oberschlesien nicht zuläßt, daß der Oberste Rat die  
Lösung dieser Frage verzögere. Sachverständige mühten sich sofort  
an das Werk machen, und ihre Arbeit innerhalb dieser  
Woche beenden. — „Daily Chronicle“ erklärt in einem Leit-  
artikel, die Lage könne nicht befriedigend werden, bis sich die  
Alliierten über das Schicksal des ober-schlesischen Gebietes schlüssig  
geworden sind. Wenn sie nicht zu einer Uebereinstimmung ge-  
langen könnten, dann spreche viel zugunsten des Vorschlages, die  
gesamte ober-schlesische Frage einem Schiedsgericht zu  
unterbreiten. Zunächst müsse jedoch der Oberste Rat zusamen-  
treten. Durch Verschiebung dieser Konferenz auf zu lange Zeit  
könne viel verloren, aber nichts gewonnen werden.

#### Die drei Fragen an General Le Rond

EE. Paris, 30. Mai.

Die „Daily Mail“ erzählt, daß die interalliierte Konferenz  
in dieser Woche nicht mehr stattfinden werde. Ministerpräsident  
Briand dringt darauf, daß sich erst der Oberste  
Rat versammeln soll, damit die Gewißheit bestehe, daß die ober-  
schlesische Frage einstimmig gelöst werde und Frankreich sicher sein

#### Rathenau Wiederaufbauminister

Der Reichspräsident hat Dr. Walter Rathenau zum  
Minister für den Wiederaufbau ernannt.

Die Sowjetregierung kann nicht anders. Der staatliche  
Ernährungsdienst ist an der passiven Resistenz der Bauern-  
schaft gescheitert. Keine Gewalt, und mochte sie auch über  
die fürchtbarsten Waffen des Terrors verfügen, konnte fünf-  
zehn Millionen Bauernwirtschaften vorschreiben, was und  
wieviel sie anzubauen haben, und in fünfzehn Millionen  
Bauernwirtschaften die Verwendung der Ernte kontrollieren.  
War die Sowjetregierung nicht imstande, die Lebensmittel-  
versorgung der Städte zu organisieren, so blieb ihr nichts  
anderes übrig, als den Warenaustausch zwischen Stadt und  
Land freizugeben. Es ist die Kapitulation vor der wirt-  
schaftlichen Macht der Bauern. Und diese Kapitulation  
zwingt die Sowjetregierung nun immer weiter, zwingt sie  
zur völligen Durchlöcherung des kommunistischen Wirtschafts-  
systems. So treibt die Sowjetrepublik, wie ein russischer  
Kritiker jüngst sagte, „mit Wollbambus in den Kapi-  
talismus zurück“.

Wer von Marx nicht nur ein paar Sätze aus den popu-  
lären Schriften, sondern die Methoden der ökonomischen und  
sozialen Analyse des „Kapitals“ gelernt hat, hat diese un-  
vermeidliche Rückbildung voraussehen können. In einer  
Volkswirtschaft, in der sich auf der unendlich breiten Basis  
von fünfzehn Millionen bäuerlichen Privatwirtschaften ein  
überaus schmaler industrieller Aufbau er-  
hebt, ist die sozialistische Gesellschaftsordnung durch keine  
Gewalt, durch keinen Terror zu verwirklichen. Nur der Sieg  
des industriellen Proletariats in den Ländern des höchst-

entwickelten Kapitalismus, nicht eine terroristische Diktatur  
in einem eben erst den Feudalismus überwindenden Agrar-  
lande kann die sozialistische Umgestaltung der Weltwirtschaft  
einleiten.

Der Kommunismus hat den Grundgedanken der Marx-  
schen Lehre, daß der Sozialismus nur die Frucht kapi-  
talistischer Reife sein kann, mißachtet. Ein echter  
Sohn des Krieges, hat er geglaubt, das Proletariat ver-  
möge alles, was es nur will, wenn es nur über genug Ge-  
wehre und Maschinengewehre verfüge und sie rücksichtslos  
zu gebrauchen entschlossen sei. Die fürchtbare Erfahrung der  
russischen Revolution bestätigte gegen den kommunistischen  
Pseudomarrismus den Grundgedanken der materialistischen  
Geschichtsauffassung. Gewiß ist die Gewalt die Geburts-  
helferin jeder alten Gesellschaftsordnung, die mit einer  
neuen schwanger geht. Gewiß muß die Gewalt die neue Ge-  
sellschaftsordnung zur Welt bringen, wenn sie im Schoße der  
Volkswirtschaft reif geworden ist. Aber so mächtig die Ge-  
walt ist, das in der Wirtschaft bereits Gelernte, bereits  
notwendig Gewordene zu vollziehen, so ohnmächtig erweist  
sie sich, wenn sie gegen wirtschaftliche Notwendigkeiten  
streiten, wirtschaftlich Unmögliches vollbringen will.  
Gewiß kann auch die Arbeiterklasse gezwungen sein, an die  
Gewalt der Waffen zu appellieren; aber die Waffen muß die  
Einsicht in das wirtschaftlich Mögliche, Erreichbare, Behaupt-  
bare führen.



## Stadtverordnetenwahl in Braunschweig

Im Freistaat Braunschweig sind gestern Neuwahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevorstellungen vorgenommen worden. Bisher liegt nur das Ergebnis der Wahlen in der Stadt Braunschweig vor. Dort hatten sich fünf politische bürgerliche Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, auf eine Liste vereinigt, die Rechtssozialisten, die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten gingen getrennt vor. Außerdem war noch eine Mieterliste aufgestellt worden. Die Bürgerlichen erhielten 32 410 Stimmen, die Rechtssozialisten 8132 Stimmen, die Unabhängigen 17 296 Stimmen und die Kommunisten 4118 Stimmen. Auf die Mieterliste entfielen 3457 Stimmen. Bei den Stadtverordnetenwahlen am 15. Dezember 1918 erhielten die Bürgerlichen (Demokraten und Deutsche Volkspartei), die damals getrennt marschierten, zusammen 32 653 Stimmen, die Rechtssozialisten 17 143 Stimmen, die Unabhängigen 23 598 Stimmen und die Kommunisten keine.

Diese Wahl wiederholt aufs neue, was sich schon bei den preußischen und sächsischen Wahlen gezeigt hat. Die bürgerlichen Stimmziffern bleiben sich gleich, das Schwergewicht in der Bourgeoisie verschiebt sich nach der reaktionären Seite hin. Ein Teil der Arbeiterklasse ist politisch müde geworden und fällt der Teilnahmslosigkeit anheim. Vom Parteilandpunkt aus gesehen, kann die Unabhängige Sozialdemokratie mit dem Wahlergebnis durchaus zufrieden sein. Sie ist die weitaus stärkste Partei der Arbeiterklasse geblieben, die Spaltung hat den Kommunisten nur ein kleines Häuflein zugeführt; sie bleiben auch weiterhin einflusslos. Noch kläglicher haben die Rechtssozialisten abgeschnitten, denen mehr als die Hälfte ihrer früheren Wähler verloren gingen. Sie konnten aus dem Verbänden, das durch die Spaltung unserer Partei am Proletariat begangen ist, ebensowenig Vorteil ziehen, wie die Kommunisten.

Bedenklich dagegen bleibt das Wahlergebnis für die gesamte Arbeiterbewegung. Bisher wies die Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung eine sozialistische Mehrheit auf, sie ist jetzt durch eine bürgerliche Mehrheit abgelöst worden. Die Mieterpartei kann lediglich als Sammelboden der politisch Indifferenten angesehen werden. Wenn das Proletariat die notwendigen Lehren aus dieser Wahl zieht, so wird das jegliche ungünstige Ergebnis die Vorbedingung für neue Fortschritte sein.

## Huldigung vor der Ehrlosigkeit

Parademarsch vor Eitel Friedrich

Eine Korrespondenz berichtet über eine am Sonntag veranstaltete Gedächtnisfeier für die Gefallenen des 4. Garde-Regiments auf dem Moabiter Exerzierplatz. Danach handelte es sich um eine durchaus militärische Veranstaltung alten Stils. Der letzte Kommandeur des 4. Garde-Regiments, Oberst Reinhard selbigen Angebots, hielt eine Ansprache. Unter Führung des Generals von Carlowitz schritten dann die anwesenden Generale und anderen Vorgesetzten, darunter auch Prinz Eitel Friedrich, in Generals-Uniform, die Front der ehemaligen Angehörigen und der früheren 7. und 8. Kompagnie, die jetzt in das 9. Infanterie-Regiment einverleibt sind, ab. Dann formierten sich die ehemaligen Angehörigen des Regiments unter Führung des Obersten Reinhard zum Paradezug mit klingendem Spiel vor Prinz Eitel Friedrich.

Prinz Eitel Friedrich ist vor einigen Tagen wegen Kapitalverschwendung gerichtlich verurteilt und damit, wie der deutschnationale Abgeordnete Graf erklärte, eines gemeinen Vergehens überführt worden, das seine Ehre antastet. Die Parade vor diesem Prinzen, ausgeführt durch Angehörige der Reichswehr und frühere Regimentsangehörige, ist also nichts weiter als eine Huldigung vor der Ehrlosigkeit. Das ist bei den deutschnationalen Militaristen ja auch nicht weiter verwunderlich, denn wenn ein echter Deutschnationaler die Wahl zwischen Geld und Ehre hat, läßt er die letztere immer in den Hintergrund verschwinden. Im übrigen aber ist die in dieser Meldung mitgeteilte Tat-

sache, daß ganze Kompagnien des früheren alten kaiserlichen Heeres geschlossen erhalten worden sind und jetzt neue Formationen bilden, außerordentlich kennzeichnend für den Willen der jetzigen militärischen Machthaber, sich in der Reichswehr das alte Herrschaftsinstrument unter allen Umständen zu erhalten.

## Das Steuerrecht der Gemeinden

Novelle zum Kommunalabgabengesetz

Den Gemeinden (Gemeindevorständen) sollen, wie in der Freitagskündigung des Preussischen Staatsrates mitgeteilt wurde, bis zur abschließenden Verteilung der Steuerquellen zwischen Reich, Staat und Gemeinden schon in aller nächster Zeit durch gesetzliche und Verwaltungsmassnahmen wesentliche Unterstützung gewährt werden. Diese Unterstützung soll, nach der Erklärung des Ministers des Innern Dominicus in folgendem bestehen:

Erstens durch den in Vorbereitung befindlichen Runderlaß über indirekte Steuern, der auf dem dem Gemeinden bereits jetzt rechtlich zustehenden Gebiete der indirekten Besteuerung zum Teil neue Wege weisen will, und der auch die Wohnungsluzussteuer behandelt, deren Rechtsgrundlage erst durch die Novelle zum Kommunalabgabengesetz geschaffen werden soll.

Zweitens durch Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister, um bestimmte Richtlinien aufzustellen, bei deren Einhaltung bei Erhebung direkter und indirekter Steuern die Landesfinanzämter nicht zur Einspruchserhebung berechtigt sein sollen. Den Gemeinden werden ein größerer Spielraum für ihre Entscheidungen und eine außerordentliche Beschleunigung ihrer steuerlichen Massnahmen gesichert.

Drittens durch eine wichtige Novelle zum Kommunalabgabengesetz, deren Vorlage an den Staatsrat in etwa zwei Wochen erfolgen soll, und aus der folgende Punkte hervorzuziehen sind:

- Einführung von Verwaltungsgebühren,
- Erweiterung der Beitragspflicht zu gemeindlichen Veranstellungen,
- Änderungsmöglichkeit für Steuervereinbarungen, die vor dem 1. Januar 1919 getroffen sind. (§ 13 und 43 R. A. G.)
- ausdrückliche Zulassung der rückwirkenden Kraft für solche Steuerordnungen, die an Stelle von gerichtlich aufgehobenen Steuerordnungen treten.
- möglichste Erschließung neuer Steuerquellen für die Kreise und Provinzen, damit dadurch deren Umlage auf die nachgeordneten Verbände zu bedauerndem Maße nach Möglichkeit verringert wird. Es sind zu erwähnen: bezüglich der Provinzen: Befreiung des Fahrzeugsteuergesetzes, Verhandlungen mit dem Finanzminister über die Dotationen; bezüglich der Kreise: Zulassung der Erhebung indirekter Steuern unter voller Wahrung der Interessen der kreisangehörigen Gemeinden (Viehsteuer).

Auf diese Steuerpläne wird im einzelnen noch zurückzukommen sein.

## Demokraten gegen Achtstundentag

Die Arbeiter sollen zahlen

Obwohl das Riesenheer der Arbeitslosen auch in den letzten Wochen ständig gestiegen ist und die Zahl der Arbeiter, die, von dem Unternehmer gezwungen, mit wesentlich kürzerer als achtstündiger Arbeitszeit arbeiten müssen, führen die bürgerlichen Parteien fort, das Verlangen nach der Beseitigung des Achtstundentages aufzustellen. Im „Berliner Tageblatt“ schreibt der demokratische Abgeordnete Gotheim:

Sie (die Befastigung des Wirtschaftslebens durch die Preissteigerung für Rohstoffe) vermöchte allerdings ganz wesentlich abgeschwächt zu werden, wenn die Bergarbeiter zur achtstündigen Schicht zurückkehren und die Friedensleistung wieder erreichen wollten. Leider ist die Einsicht, daß wir den Krieg verloren und daher mehr arbeiten und schlechter leben müssen als vor dem Krieg, nicht nur den Schiebern und Kriegsgewinnern, sondern auch breiten Schichten unserer Arbeiter noch nicht aufgegangen. Und doch werden

wir uns sehr ernstlich überlegen müssen, ob wir angesichts des Londoner Diktats den schablonenmäßigen Achtstundentag und erst recht den Sechseinhalbstundentag für Bergleute aufrechterhalten können. Die Leistung der Ruhrbergleute ist auf weniger als zwei Drittel der Friedensleistung gesunken.“

Die Demokraten haben an Scharfmacherei hinter den schärfsten Reaktionären nie zurückgeblieben. Sie können sich aber gefast sein lassen, daß weder die Bergarbeiter noch die übrige Arbeiterschaft an dem Achtstundentag wird rütteln lassen. Die Verlängerung der Arbeitszeit ist kein Mittel der Steigerung der Leistungen, und wenn das Herr Gotheim heute noch nicht begriffen hat, so möge er gefälligst seine Nase in ein volkswirtschaftliches Lehrbuch stecken oder sich von seinem Parteifreund, dem bekannten Großindustriellen Bösch in Stuttgart, belehren lassen.

Im übrigen grenzt es nahe an Schamlosigkeit, daß gerade Gotheim, der einer der Kämpfer im Kampf gegen die Belegschaft ist, den Arbeitern vorzuwerfen wagt, daß ihnen die Einsicht fehle, daß der Krieg verloren sei. Seine Lösung: „Mehr arbeiten und schlechter leben“, ist Dank der Ausbeutung durch das Unternehmertum bei den Arbeitern bereits jetzt verwirklicht. Nun gilt es, dafür zu sorgen, daß die bestehenden Faulenzer endlich einmal arbeiten und so große Leistungen an die Allgemeinheit entrichten, daß ihr läppiges Braßen und die Ausbeutung der Arbeiter unmöglich wird.

Auch die nichtsozialistischen Gewerkschaften geben den Achtstundentag nicht preis. Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter hat folgenden Beschluß gefaßt:

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter fordert die unbedingte Aufrechterhaltung und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages für alle Beamtengruppen, sowie grundsätzlich die Beibehaltung bzw. Einführung der durchgehenden Arbeitszeit. Sie hält unbedingt daran fest, daß die Dienstbereitschaft, während welcher der Beamte seinen Posten nicht verlassen darf, voll auf die reine Arbeitszeit anzurechnen ist, und daß es Sache der Verwaltung ist, den Beamten während der Dienstbereitschaft zu beschäftigen.

Bei der andauernden und noch zunehmenden großen Arbeitslosigkeit kann die Reichsgewerkschaft in der Verlängerung der Dienstzeit, die eine Entlassung vieler Arbeitskräfte zur Folge haben muß, eine geeignete Maßnahme zur Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit unserer Staatwirtschaft nicht erblicken.

## Die Leipziger Prozesse

Der Solicitor General Sir Ernest Pollock hat sich nach London zurückbegeben. Er wird am Montag im englischen Unterhaus über die beiden ersten Leipziger Prozesse Bericht erstatten. Am kommenden Sonnabend wird, wie verlautet, die Verhandlung gegen den Oberleutnant Neumann, den Kommandanten des U-Bootes 67, wegen Verletzung des Lazarett-schiffes „Dovercastle“ stattfinden.

Reichstagsabgeordneter Dr. Wiebel gestorben. Der deutschnationale Abg. Dr. Karl Wiebel ist am Donnerstag in Leipzig einem schweren Herzleiden erlegen. Dr. Wiebel war Geschäftsführer des Verbandes der Ärzte Deutschlands, St. Leipzig-Wiebel gehörte nicht nur zu den schärfsten Gegnern der Krankenkassen, sondern war auch ein Prachtexemplar jener Sorte von Ärzten, die in der Täuschung der Öffentlichkeit während des Krieges ihre Hauptaufgabe erblickten.

Der Entwurf eines Wahlprüfungsgerichtes für den preussischen Landtag ist dem Landtage zugegangen. Der Entwurf lehnt sich im allgemeinen den Bestimmungen des Reichstagswahlprüfungsgerichtes an und bringt die näheren Bestimmungen über Zusammensetzung und Zweck des Gerichts.

Angeklagte Fälschungen der „Roten Fahne“ Das Reichswehrministerium weist an Hand photographischer Dokumente nach, daß es sich bei dem von der „Roten Fahne“ veröffentlichten Dokumenten zur Kriegsbegeisterung des Reichswehrministeriums um außerordentlich plumpe Fälschungen handelt.

Ungarn will in den Völkerbund. Ungarn teilte dem Sekretär des Völkerbundes offiziell mit, daß es beabsichtige, die nächste Völkerbundversammlung um seine Aufnahme in den Völkerbund zu ersuchen.

## Kinderhilfe der österreichischen Gewerkschaften

Von Anton Jenks, Wiener Gemeindevater.

Unter den Friedensbedingungen, die die gegenwärtigen Machthaber der Welt in Saint Germain Oesterreich diktiert haben, leiden die Wiener Kinder am furchtbarsten. Sie mühten große Entbehrungen ertragen solange es Krieg gab, und sie müssen jetzt darben, trotzdem seit bereits dreißig Monaten die Waffen ruhen und der Friedensvertrag über ein Jahr ratifiziert ist. Wie furchtbar lächerlich die Ernährungs- und Gesundheitsverhältnisse der Wiener Kinder sind, veranschaulicht eine Untersuchung, die im Jahre 1920 bei den Schulkinder durch geführt wurde. Sie ergab nachstehendes erschütterndes Bild:

Bezirk	Zahl der unter- suchten Kinder	davon nicht unterernährt nur
Innere Stadt . . .	3 048	231 (7 Proz.)
Leopoldstadt . . .	16 953	1 755 (10 Proz.)
Landstraße . . .	11 091	472 (4 Proz.)
Wieden . . .	5 777	25 (0,4 Proz.)
Margarethen . . .	8 193	153 (1 Proz.)
Mariahilf . . .	4 801	446 (9 Proz.)
Neubau . . .	4 553	335 (7 Proz.)
Josefstadt . . .	4 735	159 (3 Proz.)
Alsergrund . . .	5 435	236 (4 Proz.)
Favoriten . . .	19 418	265 (1 Proz.)
Simmering . . .	7 890	434 (5 Proz.)
Reidling . . .	14 053	552 (3 Proz.)
Hiebing . . .	10 263	85 (0,8 Proz.)
Rudolfsheim . . .	10 924	236 (2 Proz.)
Fünfhäus . . .	5 025	143 (2 Proz.)
Ottakring . . .	19 742	380 (1,9 Proz.)
Hernals . . .	11 056	173 (1 Proz.)
Währing . . .	8 393	228 (2,7 Proz.)
Döbling . . .	7 025	38 (0,5 Proz.)
Brigittenau . . .	15 008	88 (0,6 Proz.)
Floridsdorf . . .	13 617	298 (2,1 Proz.)
Summe . . .	186 617	6 732 (3,6 Proz.)

Als diese Untersuchung, die von dem Komitee für amerikanische Kinderauspeisung durchgeführt wurde, stattfand, kamen 20 000 Kinder gar nicht zur Untersuchung, weil sie entweder wegen Unterernährung im Ausland zur Erholung waren oder krank zu Hause lagen. So sieht es mit der Gesundheit der Kinder in der Stadt Wien aus! Nicht einmal vier von hundert schulpflichtigen Kindern sind normal ernährt! Dieses traurige Untersuchungsergebnis ist nicht nur für jeden, der menschliches Empfinden hat, erschütternd, sondern es zeigt auch, daß das

deutschoösterreichische Volk in Gefahr ist, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird, unterzugehen. Die Machthaber, die durch den Friedensvertrag das deutschösterreichische Volk zum Zugrundegehen verurteilten, sollten sich doch die Frage vorlegen, ob nicht auch für die Völker Europas die Ernährungs- und Gesundheitsverhältnisse der Wiener Kinder — überhaupt aller österreichischen Kinder — eine Gefahr für die Gesundheit der Völker bedeuten.

Die Organe dieser unterernährten Kinder, die noch zart und weich sind und sich in der Entwicklung befinden, sind gegen Krankheitskeime wenig widerstandsfähig. Die Krankheitskeime der Tuberkulose, Strophulose usw. schaffen sich leicht Eingang, setzen sich fest und bilden die Grundlage für Volksleiden, deren Verbreitung an keiner Grenze mit Bajonetten aufgehalten werden kann. Sie gefährden alle Völker Europas und es wäre Pflicht der Mahgebenden, die um die Gesundheit der Völker in der Zukunft besorgt sind, entsprechend vorzugehen. Aber die Wertzeuge des Kapitals kümmern sich um diese Dinge wenig, wenn sie nur Profite machen können.

Dieser drohenden Gefahr einigermaßen zu steuern bemüht man sich seit Kriegsende. Wiener Kinder kommen ins neutrale Ausland, um die geschwächten Körper auszufriihen. Auch die österreichische Gewerkschaftskommission hat im vorigen Herbst eingegriffen und dank der internationalen Solidarität bereits 1800 unterernährte Wiener Arbeiterkinder in Holland untergebracht. Die holländischen Genossen arbeiten durch ein Zentralkomitee, an dessen Spitze Gewerbeinspektor Genosse Sieef, Broedmann, Landström, Dr. Stofvis und Ch. Vasteri steht, unermüdet, um einen Teil der Wiener Arbeiterkinder vom Zugrundegehen zu retten. Das Zentralkomitee hat 73 Subkomitees in ganz Holland, die die Aufgabe haben, Pflegeplätze für die Erholungsbedürftigen ausfindig zu machen und für die Wohlfahrt der bereits untergebrachten Kinder zu sorgen. Diese Aufgabe wurde von allen mitarbeitenden Genossen und Genossinnen glänzend gelöst. Die Kinder, die aus den traurigsten Lebensverhältnissen kommen, nehmen durch die Fürsorge der Pflegeeltern an Gewicht erheblich zu. Viele Kinder haben eine Gewichtszunahme von 10 Kilo aufzuweisen und sie kommen dadurch annähernd zu dem Körpergewicht, das sie ihrem Alter entsprechend haben sollen.

Ein Sonderzug von Wien nach Holland mit den Kindern bietet ein Bild des Jammers. Dreizehnjährige sehen wie siebenjährige aus! Schwer fiel es den Eltern, ihre Kinder herzugeben. Aber die Not gebietet es! Die Eltern können die für die Entwicklung der Kinder notwendigen Nahrungsmittel (Milch, Eier, nahrhaftes Brot, Fleisch usw.) nicht verabreichen. Sie sind darauf angewiesen, ihre Kinder mit fremder Hilfe wenigstens für einige Wochen das zu geben, was sie brauchen. Gut werden die Kinder versorgt! Das beweisen die Kinder, die zurückkommen. Sie sehen frisch, gut ernährt aus und sind wieder lebenslustig. Das konnte man so recht deutlich sehen bei dem Kindertransport, der nach viermonatlichem Aufenthalt am 28. April aus Holland zurückkam. Die Uebergabe der Kinder erfolgt in Arnheim in Holland. Dort

werden sie vom holländischen Komitee übernommen und gelobt. Alles Interesse der aus Wien kommenden Kinder konzentriert sich auf das verabreichte Essen, das viele, wie Weißgebäck, Orangen, Kirschen, Bananen usw., gar nicht kennen. Sie fühlen sich wie im Scharaffenland. In Arnheim werden die Kinder von den einzelnen Subkomitees übernommen, in den Ort schon Wäsche, Schuhe usw. St. Instruktionsratdrovocatnratnratnrat geführt und den Pflegeeltern übergeben, bei welchen durch das Komitee schon Wäsche, Schuhe usw. vorbereitet sind, die an die Kinder ausgefolgt werden. Die Kinder sind mindestens drei Monate in Holland und die Erfolge sind glänzend.

In Oesterreich organisieren die Genossen Hueber, Soltau und die Genossin Woschek die Arbeiterkinderhilfe für die Gewerkschaften. Zu wünschen wäre, daß diese Aktion noch viele Kinder umfasse. Sie liegt im Interesse der Wiener Arbeiterkinder, die durch die Kriegsfolgen am stärksten in Mitleidenschaft gezogen sind.

Wenn einmal die Geschäfte des Krieges und seiner Folgen geschlossen sind, wird auch die Solidarität der holländischen Arbeiter erwähnt werden müssen, die durch verantwortungsvolle Arbeit den Wiener Arbeiterkindern Hilfe angedeihen lassen, sie vor körperlichem Siechtum bewahren und damit einen Akt edelster internationaler Solidarität vollbringen. Die vielen Wiener Kinder werden sich während ihres ganzen Lebens dieser Hochherzigkeit erinnern.

Die Sperre über das Neue Volkstheater. Wie erinnertlich hat die Genossenschaft Deutscher Bühnengeschäftiger die Sperre über das Neue Volkstheater verhängt, weil dessen Direktor Heinz Goldberg 18 Mitglieder, deren Verträge am 31. Mai d. J. ablaufen, nicht wieder engagiert hat. Direktor Goldberg hat gegen diese Mitglieder eine Feststellungsfrage überreicht, daß sämtliche Verträge zum 31. Mai ohne Kündigung ablaufen und daß er nicht verpflichtet sei, sie zu erneuern. Vor dem Schiedsgericht des Deutschen Bühnenvereins und der Bühnengewerkschaft fand dieser Tage die Verhandlung über diese Feststellungsfrage unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Herz statt. Der Obmannvertreter des Lokalverbandes des Neuen Volkstheaters, der die beklagten Mitglieder vertrat, erklärte, der Direktor habe ihnen versprochen, bis zum 14. April mitzuteilen, ob er diese Mitglieder wieder engagiere oder nicht. Der Termin sei aber verstrichen, ohne daß den Mitgliedern eine Mitteilung gemacht wurde. Das Gericht hat der Feststellungsfrage stattgegeben, mit der Begründung, daß der Vertrag automatisch zum 31. Mai abläufe, wenn dieser Endtermin vorgehoben ist. Die Folge des Direktors hätte höchstens die Einleitung zu neuen Verhandlungen bilden können, kann aber nicht so aufgefaßt werden, daß dadurch bereits der Abschluß neuer Verträge getätigt worden ist.

Das nächste Bild: Vorkämpfer des Württembergers (Wagner-Abend) findet Dienstag, 8. Uhr, im Württemberg-Kott. Dirigent: S. Kautzsch. Karten je 1,50 M. zu haben: Hauptkassier Herrsch, Engelstr. 15; Hauptkassier „Rondel“, Stromstraße 67; Buchhandlung „Friedrich“, Breite Straße; Buchhändler, Bürgersstraße 76; Adenklasse.



# Generalversammlung des Alten Bergarbeiterverbandes

Solidarität für die englischen Bergleute

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Gießen: Die 21. Generalversammlung des Alten Bergarbeiterverbandes Deutschlands wurde am Sonntag durch Begrüßungsansprachen eröffnet. Der Vorsitzende, Hufmann-Böhm, bedauerte besonders das Fernbleiben der Oberschlesier. Man wisse überhaupt nicht, wie fernbleiben der Oberschlesier sollte der Verband mit schlesien. Die treuen Oberschlesier sollte der Verband mit schlesien unterstützen. Hufmann wachte dann die Erinnerung an die schweren Kämpfe der Vergangenheit, gedachte aber mit gleichem Stolz der gefestigten Gegenwart und des Mitgliederverbandes von 467 000. Viel Beifall erntete er mit der Aufforderung, sich weder unter das Joch der deutschen noch der ausländischen Kapitalisten zu beugen. Die Bergarbeiter wollten als freie Männer an der Weltarbeit teilnehmen.

Der englischen Kollegen wurde mit lebhafter Anteilnahme gedacht, die Versammlung schloß sich einstimmig einem Vorschlag der Leitung an, den hart kämpfenden Engländern, die sehr fähig unterstützt würden, eine Mission Marx aus der deutschen Verbandshauptkasse und aus den Bezirkskassen für jedes Mitglied drei Mark zu überweisen. Auch seien Abmachungen getroffen worden, damit die Reparationskosten nicht nach England kommen. Die Franzosen hatten ein Begrüßungstelegramm geschickt. Der Belgier de Jardin bedauerte, daß der Geist des Militarismus in manchen Ländern, die schon auf dem Wege der Demokratie gewesen seien, wieder erwache. Er begrüßte die Amsterdamer Wiederaufbauvereinbarungen und wandte sich dann, wie er sagte, gegen die boshässlichen Träumer. Man sei heute in ein neues Zeitalter der Arbeiterbewegung eingetreten. Nur praktische Arbeit führe zum Sozialismus.

## Verhandlungen im englischen Streik

Die Vorschläge Lloyd Georges

London, 28. Mai. (Reuter.)

Die heutigen Besprechungen zwischen Lloyd George und den Bergarbeitern und Grubenbesitzern haben anscheinend über den toten Punkt nicht hinwegzukommen vermocht. Wie amtlich bekanntgegeben wird, übergab Lloyd George den Vertretern der beiden Parteien Vorschläge, die in weitem Maße sich den bereits bekannten Richtlinien anschließen. Er schlug ein vorläufiges Abkommen vor, das eine Rufenweise Herabsetzung der Löhne vorsieht, mit einem Zuschlag des Schichtmeisters in Höhe von 10 Millionen Pfund Sterling, zur Deckung des Schichtbetrages. Die Grubenbesitzer würden in den Bezirken, in denen Staatskohl in Anspruch genommen wird, für drei Monate einen bestimmten Gewinnjah abtreten. Ein für die Dauer berechneter Plan schlägt eine Regelung des Streites entweder durch ein nationales Lohnamt vor, das sich aus einer gleichen Anzahl von Bergarbeitern und Grubenbesitzern mit einem neutralen Vorsitzenden zusammensetzt, oder durch einen Gerichtshof mit drei Mitgliedern oder durch einen einzelnen Schlichter. Der Beschluß soll für 12 Monate bindend sein. Eine derartige Körperschaft soll auch die Lohnfragen und das Verhältnis der Gewinne zu den Löhnen der Bergarbeiter entscheiden. Der Exekutivauschuss beschloß, die Vorschläge Lloyd Georges den Bezirksversammlungen vorzulegen und sich am 3. Juni zur Beratung der Antworten wieder zu versammeln.

## Die Anschlußabstimmung in Salzburg

Salzburg, 29. Mai.

Die Volksbefragung wegen des Anschlusses ist nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten im ganzen Lande ohne jeden Zwischenfall vor sich gegangen. Die offiziellen Stellen hatten sich an dem Abstimmungsapparat in keiner Weise beteiligt. Nach dem um 7 Uhr abends vom Bürgermeister verkündeten Ergebnisse sind in 83 Gemeinden, aus denen bisher Abstimmungsergebnisse vorliegen, 68 210 Stimmen abgegeben worden. Davon 67 533 Ja, 677 Nein. Die Stadt Salzburg verzeichnet 20 135 Ja und 225 Nein.

### Sanktionen gegen Deutschösterreich

Die Anschlußbewegung in Deutschösterreich droht zur innen- und außenpolitischen Krise zu werden. Die Wiener Bundesregierung hält die Anschlußabstimmungen der Länder im gegenwärtigen Zeitpunkt für verfehlt, die Länderregierungen sind scheinbar nicht in der Lage, die Abstimmungen zu verhindern. Zwar hat man nunmehr für die Salzburger Volksabstimmung den Weg gewählt, die Abstimmung als private Veranstaltung der Parteien zu organisieren, aber selbst dieser Umweg dürfte bei den Regierungen der großen und kleinen Entente kein größeres Entgegenkommen hervorrufen.

In der Tagung des auswärtigen Ausschusses des Nationalrates am Sonnabend vormittag erklärte Bundeskanzler Dr. Raab, wie der Wiener Berichterstatter der „Dema“ meldet, er habe authentische Informationen, aus denen hervorgeht, daß die kleine Entente, falls die Salzburger Volksabstimmung für den Anschluß an Deutschland stattfindet, die Sanktionen gegen Deutschösterreich anwenden wird, an denen sich auch vornehmlich Italien beteiligen wird. Es sind Maßregeln politischer und wirtschaftlicher Art geplant, und zwar in politischer Hinsicht Besetzung österreichischer Territoriums. So will Jugoslawien in Kärnten einmarschieren. Weiter will Frankreich beantragen, daß Westungarn nicht an Österreich falle, sondern nach dem Inkrafttreten des Friedens von Italien an eine Interalliierte Kommission zur Verwaltung übergeben wird. Was die wirtschaftlichen Sanktionen anbelangt, so sollen sie in folgenden Maßregeln bestehen: Keine Ausübung des Generalpandrecht, das den Ententestaaten gegenüber Österreich zusteht, und dadurch Scheitern der Kreditaktion. Ferner keine Gewährung von Lebensmittellkrediten, obwohl Österreich nur bis zum Ende des nächsten Monats mit Lebensmitteln versorgt ist.

Die Regierung hat den Ausschuss für Auswärtiges ersucht, sich an die Länder mit einem Appell zu wenden, die Anschlußabstimmung zu unterlassen. Sie droht mit ihrer Demission, falls die Anschlußabstimmungen durchgeführt werden.

### Uebergriffe durch Ententeoffiziere

Der Wiener Reichsarbeiterrat beschloß einen Protest gegen das Vorgehen einer Kommission von Ententeoffizieren, welche nach einem Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ von mehreren Polizeiorganen begleitet, in einer Bäckerei der Konsumgenossenschaft Wien erschienen, um dort nach versteckten Waffen zu suchen. Der ehemalige Sekretär für Bezugswesen, Dr. Deuß, der den Vorgesetzten eingehend schil-

berte, bezeichnete das Vorgehen als eine Verletzung der staatlichen Souveränität, sowie der Ehre des Volkes und als einen Neutralitätsbruch durch fremde Offiziere.

## Die Konstituierung des Garantiekomitees

CC. Paris, 28. Mai.

Die Konstituierung des Garantiekomitees wurde heute vollzogen. Die einzelnen Mächte werden folgendermaßen vertreten sein: Frankreich: Maclere, England: Hugh Levil, Italien: D'Asmeglio, Belgien: Bemelmans. Die Vereinigten Staaten sind nur offiziell durch Logan vertreten. In einem Falle, für den der Friedensvertrag die Teilnahme Japans und Jugoslawiens vorsieht, werden auch diese Staaten, und zwar durch Sekida (Japan) und Tiouritch (S. S.) vertreten sein. In einem Behinderungsfalle werden diese ordentlichen Mitglieder durch die Angehörigen der Reparationskommission vertreten werden. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Vertreter Frankreichs, Maclere, gewählt, und zu seinem Stellvertreter der Belgier Bemelmans. Der Sitz des Komitees wird sich in Paris befinden. In Berlin wird eine ständige Auskunfts- und Kontrollstelle errichtet werden. Das Komitee wird sich im Bedarfsfalle auch nach Berlin begeben können, um mit der deutschen Regierung sich jederzeit in Berührung zu befinden. Diese vorläufigen Statuten des Garantiekomitees wurden angenommen. Die Wahl der beiden Vorsitzenden hat Dauer für ein Jahr, und beide können bei den Neuwahlen wiedergewählt werden.

Das teure französische Mandat. Havas meldet aus Konstantinopel, daß erste Anzeichen in Syrien ausgebrochen sind, und daß französische Truppen gegen die aufständischen Gebiete von Demesri Chuvur und Djebel Etra geschickt wurden. Der Aufstand dauert in der Gegend von Djebel fort, und eine gewisse Unruhe ist auch in den Gebieten nördlich von Hama zu bemerken, wo der Bahnhof von Emirli in Brand gesetzt worden sein soll.

Die Opfer von Alexandria. Wie amtlich durch Reuter bekanntgegeben wird, sind bei den jüngsten Unfällen in Alexandria 15 Europäer und 48 Eingeborene getötet, 68 Europäer und 149 Eingeborene verwundet worden. Nach einer Pariser Blättermeldung aus Alexandria sind 78 Personen getötet worden.

Exzelsior Karl in Spanien. Die Agence franco-italienne meldet, die spanische Regierung habe Exzelsior Karl ermächtigt, seinen Wohnsitz in Spanien anzuschlagen. Die Abreise Karls würde Ende August erfolgen, wenn nicht ein neues Ereignis einträte, das die bisherigen Entscheidungen abändere.

## Aus aller Welt

Grubenunglück im Neufelwiger Revier

Neufelwig, 30. Mai.

Das wolkenbruchartige Unwetter, das am Freitag und Sonnabend in der hiesigen Gegend niederging, hat ein schweres Unglück in den anhaltischen Kohlenwerken, Abteilung Zechau, zur Folge gehabt. Durch das Hochwasser des Erlentales hatte sich ein Stausee gebildet, der am Sonnabend, vormittag 11 Uhr, plötzlich in den Schacht einbrach, in dem sich 21 Bergleute befanden. Vier von ihnen konnten sich retten, die übrigen 17 sind in der Flut umgekommen. Bisher konnte ein Toter, der Bergarbeiter Wiedemann, Führer der hiesigen U. S. P. geborgen werden. Das eingedrungene Wasser wird auf 40—50 000 Kubikmeter geschätzt.

## Groß-Berlin

### Die Nachfrage nach Hausangestellten

Die von der Berliner Stadterversammlung beschlossene Hausangestelltensteuer ist von der gesamten bürgerlichen Presse mit dem Einwand bekämpft worden, daß der Arbeitsmarkt für Hausangestellte befürchten lasse, daß nach Einziehung der Steuer zahlreiche Hausangestellte arbeitslos werden. Das „Berliner Tageblatt“ brachte von einigen Tagen einen Artikel über die Kosten eines Hausangestellten, die jetzt zwischen 7- und 10 000 M. jährlich betragen. Ferner heißt es in dem Artikel:

„Es ist daher zu verstehen, daß zahlreiche Hausfrauen seit langer Zeit versuchen, sich ohne Dienstmädchen zu behelfen; trotzdem ist auf dem Stellenmarkt die Nachfrage immer noch fast doppelt so groß wie das Angebot. Die am meisten begehrten, geschulten Kräfte zwischen zwanzig und fünfundsiebzig Jahren sind am schwersten zu haben.“

Anstatt eines Ueberangebots von Arbeitskräften herrscht also großer Mangel. Das Blatt ist also gezwungen, sich sehr selber Lügen zu strafen, was wahrscheinlich aber nicht hindern wird, daß die Lügen aus den Spalten des Blattes verschwinden werden.

### Eine Zwölfmillionenschiedung vereitelt

Eine große Kapitalverschiebung, die unmittelbar vor der Ausführung stand, ist von der Kriminalpolizei vereitelt worden. Beamte der Kriminalpolizei zur Bekämpfung der Kapitalabwanderung hörten davon, daß 12 Millionen Mark, die im Depot einer hiesigen Großbank lagen, nach Holland verschoben werden sollten. Sie ermittelten, daß dabei ein Holländer, der Edelsteinhändler Hartoch Weensdragen, und ein ukrainischer Großgrundbesitzer Kurt Kollmann, ihre Hand im Spiele hatten. Weensdragen wurde in einem hiesigen Hotel ermittelt und festgenommen, Kollmann in Liebenwalde ebenfalls verhaftet.

Weensdragen hatte den Auftrag, das Geld, das zwei Wählerbesitzer aus der Provinz gehörte, über die holländische Grenze zu bringen, von Kollmann erhalten und stand im Begriff, ihn auszuführen. Die weiteren Ermittlungen brachten eine überraschende Aufklärung. Der Ukrainer „Kollmann“ wurde von der Kriminalpolizei ebenfalls als ein langgeflucht er entpurrer Schwindler, ein 65 Jahre alter Karl Reich, der gewerbmäßig den Gütertauschhandel betrieben hat. Wegen dieser Schwindelverurteilung, entpurrer er auf einem Transport. Der Entwichene kam nach Berlin zurück. Hier erzählte er, wie er ein Besitzer von Hunderttausenden von Worgen, habe flüchten müssen und nur einen Teil seines baren Vermögens habe retten können. Der „Ukrainer“ wurde in der märkischen Stadt bald bekannt und erhielt vom Landratsamt einen Personalausweis, einen Pass, Jagdschein, Waffenschein, kurz alles, was er brauchte. Zu seiner Liebenwalder Bekanntschaft gehörte auch ein Bankbeamter, der wußte, daß zwei Wählerbesitzer 12 Millionen dem Steuersiskus verheimlicht und die Absicht hatten, diese große Summe nach Holland zu bringen. Für diese Aufgabe sah sich der Bankbeamte nach einem geeigneten Wanne um, und er glaubte, ihn in Kollmann gefunden zu haben. Da griff die Kriminalpolizei ein, nahm die beiden fest und beschlagnahmte das Geld.

Bezirksversammlung des 17. Verwaltungsbezirks, Lichtenberg. Nach Einführung des Bezirksverordneten Georg Schulte (SPD.) und Wahlen zu verschiedenen Deputationen wurde der vorgelegte Erlaß einer Wohnfahrordnung von unserem Genossen Richter kritisiert und beschloffen, die Vorlage an die Deputation zurückzuweisen. — Alsdann nahm der Bürgermeister John das Wort zur Begründung des Etats und erklärte, daß

derselbe in seiner ursprünglichen Zusammenfassung gegenüber dem Vorjahre einen Mehrbedarf von ca. 40 Prozent aufweise. Nach nochmaliger Durchsicht infolge der Verfügung des Berliner Magistrats sind Streichungen in Höhe von circa 2 000 000 vorgenommen worden. Der Etat des Bezirkes 17 gibt nach seiner Meinung in keiner Weise Veranlassung, weitere Streichungen vorzunehmen, da der Bedarf im Bezirk pro Kopf der Bevölkerung 260.— M. beträgt, während in Berlin-Stadt der Bedarf pro Kopf 410.— M. und in einigen westlichen Vororten, wie Wannsee, sogar auf 539.— M. zu bemessen ist. Genosse Thurm stellt den Antrag, von der ersten Lesung des Etats abzusehen und denselben zu verlegen. Er schlägt vor, einen Ausschuss von 15 Mitgliedern einzusetzen. Hieran schloß sich eine eingehende Debatte. Der Antrag wurde angenommen. Ein Antrag der Bürgerlichen betr. Ermäßigung der Hundesteuer in den Luken- und Zirkel- usw. wird dem Finanzausschuss überwiesen. Der von den Bürgerlichen gestellte Antrag betr. Ermäßigung des Preises für das zur Bewässerung von Gärten verwendete Wasser wird der Berufsdeputation überwiesen. Ein Antrag der Bürgerlichen betr. Einschränkung des Straßenhandels wurde abgelehnt. Genosse Jänemann geisterte hierbei scharf das Verhalten der bürgerlichen Presse, die in letzter Zeit systematisch gegen den Straßenhandel vorgeht. Desgleichen wurde ein Antrag betr. Verbindung der Straßenbahnlinie an der Friedrichselder Kirche und Durchführung nach Oberschöneweide hin, Berlin nach Begründung durch Genossen Haberer angenommen. Des weiteren wurde beschloffen, daß der Verwaltungsbezirk 17 den Namen „Verwaltungsbezirk Lichtenberg“ erhält. Nachdem noch die Schließung des Augusta-Victoria-Krankenhaus und der Lungenheilstätte eine lebhafteste Debatte hervorgerufen hatte, wurde die Sitzung verlaßt.

Die haus- und wohnungspolitischen Aufgaben der neuen Stadtgemeinde Berlin werden in einer öffentlichen Versammlung behandelt, die am Dienstag, den 31. Mai, 8 Uhr abends, im Vespervereinshaus, Alexanderplatz, stattfindet. Es werden sprechen: Heinrich Kaufmann, Professor Straumer, Vorsitzender des Deutschen Architektenbundes, Dr. Ing. Erwin Gutkind. Veranstalter der Versammlung sind der Architektenverein Groß-Berlin, die Afa, der Bund technischer Angestellten und Beamten (Ortsverwaltung Berlin), Bund deutscher Architekten (Landesbezirk Brandenburg), die Berliner Gewerkschaftskommission, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Heimstättenausschuss der Gewerkschaft Groß-Berlin, Bund der Verkehrs- und Schuherbände Groß-Berlins und der Mark, Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft und der Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungsbau.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich gestern auf der Kottbuscher Chaussee. Hier stießen ein Kraftwagen und ein Bierwagen der Schulheiß-Brauerei mit solcher Gewalt zusammen, daß beide erheblich beschädigt und der Bierwagenführer Franz Gerstede aus Spandau schwer verletzt wurde; er fand im Spandauer Krankenhaus Aufnahme.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Ein wenig kühl, veränderlich, überwiegend bewölkt, mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden.

## Gewerkchaftliches

### Verletzung der Schweigepflicht als Kündigungsgrund

Der Schlichtungsausschuss Köln fällt in einer Klagesache wegen erfolgter Kündigung am 10. Februar 1921 folgenden bemerkenswerten Schiedspruch:

Es mag dahingestellt bleiben, ob die dem Antragsteller zur Last gelegten Handlungen vorgefallen sind oder nicht. Selbst wenn der Antragsteller in der Versammlung Angaben gemacht hat über die Preise, die von den Kunden seitens seiner Firma gezahlt werden, so liegt nach Ansicht des Schlichtungsausschusses ein Vertrauensbruch deshalb nicht vor, weil der Antragsteller die Angaben nicht der Konkurrenz der Antraggeberin, sondern lediglich während eines Lohnkampfes in Wahrung berechtigter Interessen in einer Versammlung von Arbeitnehmern gemacht hat, lediglich deshalb, um den Nachweis erbringen zu können, daß die Arbeitgeber in der Lage sind, die beantragten Löhne zu zahlen. Ein wichtiger Grund der Kündigung liegt demnach nicht vor, die Kündigung ist unzulässig.

Tarifabschluß in der Klavierindustrie. Die Versuche, den fernerzeit zum 15. Februar d. J. gekündigten Tarifvertrag zu erneuern, waren bisher fehlschlagend, da die Klavierindustrie sich hartnäckig sträubte, in eine Aufbesserung der Löhne zu willigen. Ein Schiedspruch, der den Arbeitern einen Lohnzuschlag von 5 Prozent zusprach, wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Der Demobilisierungskommissar, zur Verbindlichkeitsklärung angerufen, erklärte zunächst in vernünftiger Weise, daß ein Zuschlag von 5 Prozent auf die fast ein Jahr zurückliegende letzte Lohnfestsetzung nicht zu hoch sei. Aber weiter reichte es nicht, denn nun schloß folgte der Herr Demobilisierungskommissar, daß eine Verbindlichkeitsklärung gleichwohl nicht in Frage kommen kann, da das allgemeine Wirtschaftsleben dieses letzte Hilfsmittel nicht erfordert. Mangelnde Geldestreife wird wohl Schuld daran sein, wenn Arbeiter solche Logik nicht verstehen. Um so besseres Verständnis bringen dafür aber die Unternehmer auf, denn bei den nun erneut einsetzenden Tarifverhandlungen zeigten sie in allen Fragen für großzügige Änderungen, besonders in der Ferienfrage, keinerlei Entgegenkommen. Wenn die Arbeiter nun doch einem Tarifabschluß ihre Zustimmung geben, so nur, um sich nicht der sauer verdienten Ferienzeit zu berauben. Das vorjährige Lohnabkommen läuft bis 30. Juni d. J. Der Manteltarif, der außer reaktionellen Änderungen eine Verlängerung der Ferien um einen Tag, also bis 7 Arbeitstage, bei Zahlung des vollen Durchschnittslohnes vorsteht, läuft bis 31. Oktober d. J. Für die Betriebsräte sind gebrochene Verträge auf dem Bureau des Deutschen Holz- und Arbeiterverbandes erhältlich. Es sind außerdem aus strengster die Beschlüsse zu beachten. Keine Verlängerung verfallener Arbeitszeit vor Belegung der freigewordenen Arbeitsstellen und schleunigste, reifliche Entfernung aller, auch weiblicher Doppellegionen, soweit solche noch beschäftigt sein sollten.

Buchbinder und Buchbinderinnen in Buchdruckereien! In der Nr. 21 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ wird vom Deutschen Buchbinderverein mitgeteilt, daß die Verlängerung der Wirtschaftshilfe abgelehnt wurde. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Bekanntmachung für Berlin keine Geltung hat, sondern laut Vereinbarung mit dem Verein Berliner Buchdrucker-Vereine vom 2. Mai dieses Jahres die Wirtschaftshilfe auf weitere 3 Monate bis zum 31. Juli verlängert wurde. Die Branchenleitung der Buchbinder.

Wahler, Kaffierer! Bei der am Montag, den 23. Mai 1921, stattgefundenen Stichwahl der Delegierten zum Verbandstag in Frankfurt a. M. sind folgende Kollegen gewählt worden: Alfred Drendel (593 Stimmen), Franz Kaiser (503 Stimmen), Otto Schiemann (439 Stimmen), Fritz Klotz (422 Stimmen), Hans Trenner (420 Stimmen). Die Ortsverwaltung.

Zum Streik der Möbeltransportarbeiter. Die freigewerkchaftlich organisierten kaufmännischen Angestellten der Reichsgewerkschaft haben durch finanzielle Sammlungen und durch ihr freigeschaffenes Verhalten während uneres Streiks mit zu dem Siege verholfen, der in jeder Bewegung so vollkommen sein würde, wenn stets ein solches Solidaritätsgefühl zwischen Kopf und Handarbeitern wie bei dieser Reichsgewerkschaft zu verzeichnen wäre. Wir wiederholen daher an dieser Stelle gleichfalls unseren Dank der Branche der Kleider- und Reichsorganisation der gewerblichen Angestellten Groß-Berlins, sowie dem Verein der Berliner Instrumentenmacher. Unser Streik hat am besten bewiesen, wie der Opferwille jedes einzelnen Streikenden angespart bleibt, wenn alle Kollegen und Genossen jeder Lohnbewegung das unbedingt zu erfordernde Interesse entgegenbringen. Die Branche der Möbeltransportarbeiter Groß-Berlin.



Parteiveranstaltungen

Montag, 30. Mai

8. Verwallungsgebiet. Kommunale Kommission 7 Uhr Vorkonferenz, Kala, Ostauer Straße.

Dienstag, 31. Mai

1. Mittell. 2. Abteilung (Halle des Lot). Abends 8 Uhr Treffpunkt sämtlicher Genossen in folgenden Zahlenkreisen: 1. Schneeflocke, Kollstr. 29;

Wassersparapparat 218-220. Referent: G. Elmöder. Genossen schickt eine Frau, sorgt für zahlreiche Beteiligung!

Bereinskalender

Zusammenkunft der Arbeiter-Angler-Bereine. In einer am 8. Juni, abends 7 Uhr, in der Brauerei Königstr. stattfindenden Delegiertenversammlung soll die Vereinigung des seit langer Zeit bestehenden Arbeiter-Angler-Bundes mit dem Württembergischen Angler-Bund (Vereinigung brandenburgischer Angler-Bereine zur Pflege und Förderung württembergischer Angelparis) herbeigeführt werden.

Dienstag, 31. Mai

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“. 1/8 Uhr zwei Lichtbildvorträge: Arbeiter-Wandern und Naturerholung (Schulhaus Thücker Str. 4). Der Spreewald (Schulhaus, Grünhofer Str. 5). Einladungen 1,10 Mk. einschl. Steuer an der Abendkasse.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Beschäftigten, Branche 4 (Cafetier). Vorm. 10 Uhr Versammlung der Generalversammlungs-Delegationen, Vertrauensleute und Betriebsräte im Cafe Stern, Oranienburger Tor. Tagesordnung: 1. Die Lehren der letzten Lohnbewegung. 2. Vorschläge für die Er-

lungsmöglichkeiten zum Selbstverständnis und Disziplinierung. Mitglieder sind Funktionärswahl legitimieren.

Blumenarbeiter und -arbeiterinnen. Abends 5 Uhr Branchenversammlung im Lokal Königstr. Große Frankfurter Str. 117. Die Branchenkommission, Vienna- und Reichsindustrie. In der Königstr., Große Frankfurter Str. 117, nachmittags 5 Uhr, wichtige Branchenversammlung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Chemische Branche. Abends 7 Uhr Branchenversammlung aller Untergruppen im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96. - Expeditionen. Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebskommissionen. Abends 6 1/2 Uhr Zusammenkunft bei Köter, Weberstr. 17. - Betriebskommissionen. Abends 8 Uhr große Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 14/15, Saal 10.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Chemische Branche. Branchenversammlung aller Untergruppen abends 7 Uhr im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96. Mitglieder sind vorzusagen. - Expeditionen. Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebskommissionen abends 6 1/2 Uhr bei Köter, Weberstr. 17, Zusammenkunft.

Verantwortlich für Politik u. Redaktionen: Les Lieblitz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: Gerhart Seger, Berlin; für den Internationalen u. geschäftliche Mittelungen: Ludwig Kaminer, Berlin. - Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin - Brand der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C2, Breite Str. 6/8.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater

7 Uhr: Das Gasthaus Die Komödie der Irrungen

Neues Volkstheater

7 Uhr: Jugendfreunde

Staatstheater

7 Uhr: Turandot

Deutsches Theater

7 1/2 Uhr: Was ist u. Vermitler

Großes Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: Der Kaufmann von Venedig

Königsgrüner Str.

7 1/2 Uhr: Mit dem Feuer spielen

Blonde Engel

7 1/2 Uhr: Der blonde Engel

Heidenz-Theater

7 1/2 Uhr: Lady

Wundermeres Fächer

7 1/2 Uhr: Komische Oper

Alt-Heidelberg

7 1/2 Uhr: Thalia-Theater

Mascottchen

7 1/2 Uhr: Theater am Hollendorfsplatz

Der Vetter aus Dingsda

7 1/2 Uhr: Kleines Theater

Sriannon-Theater

7 1/2 Uhr: Am Teetisch

Wanderkarten

7 1/2 Uhr: Buchhandl. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Lessing-Theater

7 1/2 Uhr: Rosenmontag

Die Ballerina des Königs

7 1/2 Uhr: Deutsch. Künstler-Theater

Die seltsame Erziehung

7 1/2 Uhr: Jolles Caprice

Casino-Theater

7 1/2 Uhr: Walhalla-Theater

Die Scheidungsreise

7 1/2 Uhr: Wo die Schwärzen nisten

Elite-Sänger

12 Mal-Attraktionen

Apothekier

Residenz-Kasino

Berliner Brater

Die Schöne von Allen

Am Teetisch

Wanderkarten

Demnächst erscheint!

Band 13 der Bibliothek der Kommunistischen Internationale:

N. BUCHARIN und E. PREOBRASCHENSKY Das ABC des Kommunismus

Aus dem Inhalte: Entwicklung und Untergang des Kapitalismus: 1. Unser Programm 2. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung / 3. Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung / 4. Kommunismus und Diktatur des Proletariats / 5. Wie die Entwicklung des Kapitalismus zur kommunistischen Revolution führte / 6. Die Zweite und die Dritte Internationale. Die Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Kommunismus: 1. Bedingungen der kommunistischen Aufbautätigkeit in Rußland / 2. Die Sowjetmacht / 3. Die nationale Frage und der Kommunismus / 4. Das Wehrprogramm der Kommunisten / 5. Proletarische Gerichtsbarkeit 6. Schule und Kommunismus / 7. Religion und Kommunismus / 8. Die Organisation der Industrie 9. Organisation der Landwirtschaft / 10. Organisation der Verteilung / 11. Organisation der Banken und die Geldzirkulation / 12. Die Finanzen im proletarischen Staate / 13. Programm der Kommunisten in der Wohnungsfrage / 14. Arbeiterschutz und soziale Fürsorge 15. Schutz der Volksgesundheit

376 Seiten / Preis Mk. 8.- (geb. Mk. 15.-). Organisationspreis Mk. 5.-

Bestellungen sind zu richten an die

Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Demnächst erscheint!

Soeben erschien! Soeben erschien!

KARL RADEK Die auswärtige Politik Sowjet-Russlands

Aus dem Inhalte:

Auf dem Wege zur Oktoberrevolution - Brest-Litowsk - Zwischen dem englischen, französischen, amerikanischen und deutschen Imperialismus - Vor einem neuen Brest-Litowsk - Der Arbeiterstaat und das kapitalistische Staatensystem - Der Weg der russischen proletarischen Revolution - Die Niederlage Koltshaks, Judenitschs und Denikins - Die Verhandlungen mit England - Die Bilanz der Entente-Politik - Die Aussichten der Revolution in Mitteleuropa und im nahen Osten

83 Seiten - Preis Mark 2.50 (geb. Mark 5.-)

Soeben erschien Nr. 41/42 der Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz:

N. LENIN Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum (Rede auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands) Preis 1.00 Mark Zu beziehen durch Frankes Verlag, G. m. b. H., Leipzig

L. L. P. I. Wirtschaft

Am 28. Mai 1921 vers...

Johann Kampf

im Alter von 29 Jahren...

Erwerbstätige Frauen!

Verlangt den Kultur von heute...

Geschäftsführer

Für eine größere Beteiligung...

Geschäftsführer

gesucht. Derselbe muß in...

Stoffe

für Herren-Anzüge, Hüfte...

Koch & Seeland

Gez. 1893, Gertraudenstr. 20-21, Gez. 1893.

HOSEN

Feldgraue Ia rein woll., besterbar, m. Gefäßt. 90.- Feldgraue II schwere Qualität m. Gefäßt. 78.- Engl. Weber, ganz schwere Qualität von 50.- an Gestreifte Hosen, Maßanfertigung von 75.- an Hofenfabrik Birenhat & Kosnar



Diese Zigarre, garantiert reiner Tabak, schneeweiß brennend, feines Aroma, kostet bei mir 100 Stück 48 Mark. Th. Peiser, Zigarren engros, Berlin C54, Neue Schönhauser Str. 18, 1. Treppen, kein Laden.

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Expeditionen des Verlages. Das Ueberschriftswort 2.- Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungswort: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.- Mk.

Grid of small advertisements for various services including furniture, clothing, and real estate.

Demnächst erscheint! Demnächst erscheint!

Band 14 der Bibliothek der Kommunistischen Internationale:

S. I. GUSSEW

Die Lehren des Bürgerkrieges

Aus dem Inhalte: Die Front des Bürgerkrieges / Die Armee des Bürgerkrieges Die besondere Charakteristik der Armeen des Bürgerkrieges / Die Reserven im Bürgerkrieg / Der Bürgerkrieg als Bewegungskrieg / Das Partisanentum im Bürgerkrieg Die alte und die neue Disziplin / Die Rolle der Kavallerie und Infanterie im Bürgerkrieg / Die Heeresleitung im Bürgerkrieg / Das Milizsystem / Das Hinterland im Bürgerkrieg usw.

96 Seiten / Preis M. 2.50 (geb. M. 5.-)